

Eine Kombinationstherapie für das Schweizer Gesundheitssystem

**Bestehende Gesetze nutzen und ein Bundesgesetz über die
Gesundheit anstreben**

Julia Amann, Stefan Spycher, Gert Ulrich, Carmela Flury

Inhalt

1	Management Summary	2
2	Ausgangslage und Zielsetzung	3
3	Format und Setting	4
4	Ergebnisse	5
4.1	Welche Faktoren könnten die Erarbeitung bzw. Umsetzung eines Gesundheitsgesetzes erschweren?	5
4.2	Was spricht für ein Gesundheitsgesetz?	6
4.3	Was ist zu tun?	7
5	Schlussfolgerungen	9

Danksagung

Die Careum Impuls-Veranstaltung 2025 wäre ohne die Unterstützung und das Engagement zahlreicher Personen und Organisationen nicht möglich gewesen. Allen voran möchten wir uns bei unseren Partnerinstitutionen Unisanté Lausanne, vertreten durch Prof. Stéfanie Monod, und der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW), vertreten durch Prof. Henri Bounameaux, Valérie Clerc und Franziska Egli, für die wertvolle Zusammenarbeit bedanken. Unser herzlicher Dank gilt darüber hinaus den Teilnehmenden, die verschiedene Perspektiven und Einblicke geliefert haben. Ebenso möchten wir dem Projektteam von Careum und allen Mitwirkenden unseren aufrichtigen Dank aussprechen.

Wir hoffen, dass dieser Bericht als Impuls für die weitere Diskussion und die Entwicklung konkreter Massnahmen dient, um Veränderungen im schweizerischen Gesundheitssystem anzustossen.

1 Management Summary

Ausgangslage

Das Schweizer Gesundheitssystem steht vor grossen Herausforderungen: steigende Kosten, zunehmender Fachkräftemangel und eine mangelnde Fokussierung auf Prävention und Gesundheitsförderung. Ein Bericht der Unisanté Lausanne, erstellt im Auftrag der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW), kommt zum Schluss, dass ein verfassungsrechtlich verankertes Bundesgesetz über die Gesundheit helfen könnte, um diese Probleme nachhaltig anzugehen. Im Rahmen der Careum Impuls-Veranstaltung diskutierten Entscheidungsträger:innen aus Politik, Wirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie eine Vertreterin einer Patientenorganisation die Umsetzbarkeit und den Nutzen dieses Ansatzes.

Zentrale Erkenntnisse

Laut den Teilnehmenden könnte die Erarbeitung bzw. Umsetzung eines Bundesgesetzes durch folgende Faktoren erschwert werden:

- ein fehlendes gemeinsames Gesundheitsverständnis und unklare Ziele
- eine unzureichende Wahrnehmung von Dringlichkeit und Ressourcenaufwand
- die Sorge vor Verzettelung der Kräfte und einer höheren Regulierungsdichte
- den Umfang der angestrebten Teilrevision

Ein Bundesgesetz könnte laut den Teilnehmenden beitragen zur:

- Kompetenzklärung und verbesserten Koordination
- Flexibilität bei der Gestaltung und Umsetzung von Massnahmen
- Unterstützung innovativer Konzepte und umfassender Visionen
- Vereinfachung des Gesundheitssystems

Was ist zu tun?

1. **Gemeinsame Vision entwickeln:** Es braucht ein breit abgestütztes Verständnis von Gesundheit und klare Ziele.
2. **Bestehende Gesetze nutzen:** Reformen sollten innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens konsequent vorangetrieben werden.
3. **Bundesgesetz vorantreiben:** Langfristig könnte ein verfassungsrechtlich verankertes Bundesgesetz über die Gesundheit wesentliche strukturelle Herausforderungen lösen.
4. **Partizipation stärken:** Die aktive Einbindung der Bevölkerung und relevanter Akteure ist zentral.
5. **Innovative Ansätze fördern:** Pilotprojekte in Bereichen wie Digitalisierung und Prävention sollten gezielt gefördert und umgesetzt werden.

Fazit

Die Veranstaltung zeigte, dass ein Paradigmenwechsel notwendig ist, um das Schweizer Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen. Ein Zusammenspiel im Sinne einer «Kombinationstherapie» bestehend aus kurzfristigen Massnahmen und langfristigen strukturellen Reformen scheint erfolgsversprechend (vgl. Abb. 2, S. 7).

2 Ausgangslage und Zielsetzung

Das Schweizer Gesundheitssystem steht vor zunehmenden Herausforderungen: Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen steigt, die Gesundheitskosten nehmen zu, der Fachkräftemangel verschärft sich und die flächendeckende Versorgung kann nicht mehr gewährleistet werden. Verschärft wird die Situation durch den pathogenetischen Ansatz des Schweizer Gesundheitssystems, der unzureichend auf Gesundheitsförderung und Prävention ausgerichtet ist.¹ Zudem zeigt sich, dass eine One-Health²-Perspektive notwendig ist, um auch globalen Herausforderungen Rechnung zu tragen und Nachhaltigkeit im Gesundheitssystem zu fördern.

Ein wissenschaftlicher Bericht der Unisanté Lausanne im Auftrag der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) zeigt auf, dass die bestehenden Rahmenbedingungen zur Steuerung des Gesundheitssystems an ihre Grenzen stossen, um die notwendigen Reformen umzusetzen.³ Der Bericht kommt daher zum Schluss, dass ein Bundesgesetz über die Gesundheit mit einer verfassungsrechtlichen Verankerung hierfür die Grundlage schaffen könnte. Doch ist ein solches Gesetzesvorhaben in der Schweiz realisierbar? Und benötigt es einen Paradigmenwechsel, der Gesundheitsförderung, Prävention und Versorgung als ganzheitliches Konzept integriert?

Careum setzt sich intensiv mit diesem wichtigen Thema auseinander. Als Bildungsinstitution im Gesundheitswesen sind wir überzeugt, dass verschiedene Lösungsansätze geprüft und im Dialog mit allen relevanten Akteuren entwickelt werden müssen, um das Schweizer Gesundheitssystem nachhaltig zu stärken. Gemeinsam mit unseren Partnern, der SAMW und Unisanté Lausanne, haben wir uns daher das Ziel gesetzt, diese Diskussionen im Rahmen einer Veranstaltung voranzutreiben.

One Health beschreibt einen ganzheitlichen Ansatz, der Gesundheit und Wohlbefinden von Mensch, Tier, Pflanze und Umwelt verbindet. Er berücksichtigt soziale Gesundheitsdeterminanten sowie Risiken durch Klimawandel, antimikrobielle Resistenzen, Ernährungssicherheit und Biodiversitätsverlust. Die WHO beschreibt ihn als integrativen Ansatz, der die wechselseitige Abhängigkeit dieser Bereiche anerkennt, um ihre Gesundheit nachhaltig zu fördern. Dies gilt nicht nur für Krisensituationen, sondern für die nachhaltige Entwicklung und universelle Gesundheitsversorgung insgesamt.

1 Monod S, Pin S, Levy M, Grandchamp C, Mariétan X, Courvoisier N. Analyse der Steuerung des Schweizer Gesundheitssystems und Vorschlag eines Bundesgesetzes über die Gesundheit. Lausanne, Unisanté – Universitätszentrum für Allgemeinmedizin und öffentliche Gesundheit, 2024 (Raisons de santé 357). <https://doi.org/10.16908/issn.1660-7104/357>

2 World Health Organization (WHO). One Health: A holistic approach to health and well-being. Weekly Epidemiological Record. 2023;98(48/49):622-3.

3 Monod et al., 2024

3 Format und Setting

Am 9. Januar 2025 haben wir uns in der Careum Impuls-Veranstaltung zum Thema «Schweizer Gesundheitssystem: Braucht es einen Paradigmenwechsel?» gemeinsam mit rund 40 ausgewählten Entscheidungsträger:innen aus Politik, Wirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie einer Vertreterin einer Patientenorganisation mit Fragen zur Steuerung und Verbesserung des Gesundheitssystems beschäftigt. Nach einer thematischen Einordnung durch Prof. Henri Bounameaux (SAMW) erläuterte Prof. Stéphanie Monod (Unisanté Lausanne) in ihrem Einstiegsreferat die zentralen Erkenntnisse des eingangs erwähnten Berichts. Danach wurde zunächst in Kleingruppen erörtert, ob ein neues Gesundheitsgesetz einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Lösung in den vier vom Bericht beschriebenen Problembereichen (Versorgungsbedarf, Kosten, Strukturen, Fachkräfte – vgl. Abb. 1) leisten könnte oder welche Alternativen ohne ein Gesundheitsgesetz gegebenenfalls zu beschreiten wären. Jede der Kleingruppen legte hierbei den Fokus auf einen Bereich.

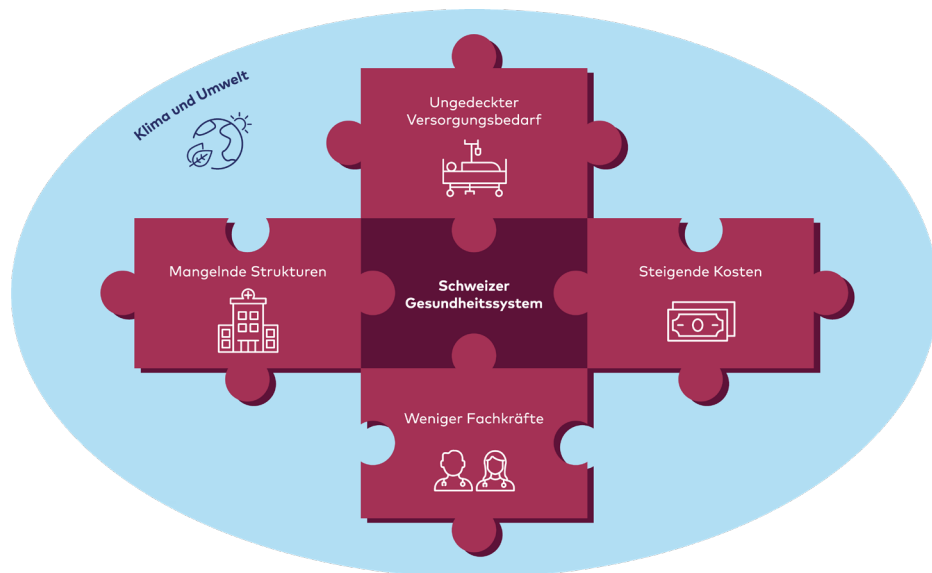


Abbildung 1: Die vier im Bericht beschriebenen Problembereiche (in Anlehnung an Monod et al., 2024).

Im Anschluss an die Reflexion in den Kleingruppen wurde die Diskussion im Fishbowl-Format fortgesetzt. Dieses dynamische Format ermöglichte es den Teilnehmenden, sich aktiv am Austausch zu beteiligen, indem sie sich auf die Diskussionsplätze im inneren Kreis begaben. Die übrigen Teilnehmenden im äusseren Kreis verfolgten die Diskussion und konnten laufend in den inneren Kreis wechseln, um ihre Sichtweise einzubringen. Dr. Stefan Spycher, CEO von Careum, moderierte die Debatte und fasste zum Abschluss die Ergebnisse zusammen.

4 Ergebnisse

Die Veranstaltung bot eine Plattform für intensive Diskussionen über die Notwendigkeit und Machbarkeit einer Verfassungsänderung zur Einführung eines Bundesgesetzes über die Gesundheit in der Schweiz. Die Teilnehmenden setzten sich differenziert mit den Argumenten für und gegen ein Bundesgesetz auseinander, beleuchteten Herausforderungen und formulierten mögliche nächste Schritte.

4.1 Welche Faktoren könnten die Erarbeitung bzw. Umsetzung eines Gesundheitsgesetzes erschweren?

In der Diskussion wurden verschiedene Faktoren identifiziert, die gegen die Umsetzung eines Bundesgesetzes und die damit verbundene verfassungsrechtliche Verankerung sprechen oder diese zumindest erschweren.

Fehlendes gemeinsames Gesundheitsverständnis und unklare Ziele

Insbesondere wurde diskutiert, dass zuerst ein gemeinsames Verständnis von Gesundheit und Klarheit über Ziele und Prioritäten im Gesundheitssystem geschaffen werden müssten. Politische Widerstände und Partikularinteressen wurden als weitere grosse Hürden genannt. Es wurde vermutet, dass politische Zyklen und kurzfristige Erfolgsorientierung wenig Motivation bieten, langfristige Ziele und Veränderungen, die eine solche Verfassungsänderung mit sich bringt, anzugehen.

Unzureichende Wahrnehmung von Dringlichkeit und Ressourcenaufwand

Eine weitere Annahme war, dass die aktuelle Situation im Gesundheitssystem noch nicht von allen Akteuren und der Bevölkerung als substanzielle Krise wahrgenommen wird, wodurch der Handlungsdruck ausbleibe. Hinzu käme, dass der Prozess einer Verfassungsänderung sowie die damit verbundenen notwendigen Anpassungen bestehender Gesetze, insbesondere des Krankenversicherungsgesetzes (KVG), immense Ressourcen erfordern könnten. Vor diesem Hintergrund äusserten einige Teilnehmende die Befürchtung, dass bei einem Scheitern der Teilrevision bis zu zehn Jahre Arbeit letztlich ins Leere laufen könnten.

Sorge vor Verzettelung der Kräfte und höherer Regulierungsdichte

Es wurde auch die Notwendigkeit angesprochen, dass zuerst die dringendsten Herausforderungen, wie zum Beispiel die Umsetzung der Ambulantisierung und Digitalisierung, angegangen werden sollten. Denn es wurde befürchtet, dass es bis zur Umsetzung eines Gesundheitsgesetzes zu Verzettelungen der Ressourcen und zeitlichen Verzögerungen bei dringenden Massnahmen kommen könnte. Von Seiten der Leistungserbringenden wurde zudem das Thema Regulierungsdichte und der damit befürchtete zusätzliche administrative Aufwand als Argument gegen ein Bundesgesetz zur Gesundheit vorgebracht.

Umfang der angestrebten Teilrevision

In diesem Zusammenhang wurde auch die im Bericht (Monod et al., 2024) angestrebte Teilrevision der Bundesverfassung als zu umfassend kritisiert. So argumentierten einige Teilnehmende, dass allein schon der Umfang von Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung zu weit gefasst sei, was die Umsetzung zusätzlich erschwere. Konkret sahen Teilnehmende die Gefahr, dass ein zu weit gefasster Ansatz nur schwer politischen und gesellschaftlichen Konsens erzielen würde, insbesondere mit Blick auf die föderalistischen Strukturen der Schweiz und die Partikularinteressen der Kantone. Hier wurde auch die – laut Teilnehmenden teils berechtigte – Sorge vor Eingriffen des Bundes in die Autonomie der Kantone als erhebliche Herausforderung genannt.

4.2 Was spricht für ein Gesundheitsgesetz?

Trotz dieser Hindernisse wurden zahlreiche Vorteile eines Bundesgesetzes und der damit verbundenen verfassungsrechtlichen Verankerung hervorgehoben. Eine deutliche Mehrheit äusserte sich für die Einführung eines solchen Gesetzes.

Kompetenzklärung und verbesserte Koordination

Es gab weitgehenden Konsens unter den Teilnehmenden, dass ein Bundesgesetz über die Gesundheit die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen klären und die Koordination erleichtern könnte. Laut den Teilnehmenden könnten insbesondere die Durchsetzung der Digitalisierung und der effektive und effiziente Umgang mit Gesundheitsdaten von einem Bundesgesetz profitieren. Es wurde betont, dass sich einige Herausforderungen nur auf nationaler Ebene mit klaren Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, wie ein Gesetz sie definieren könnte, lösen liessen. Dieses Vorgehen würde die Effizienz und Fairness des Systems verbessern und langfristige Ziele wie eine stärkere Prävention erleichtern.

Flexibilität bei der Gestaltung und Umsetzung von Massnahmen

Laut den Teilnehmenden würde ein Bundesgesetz über die Gesundheit mit einem flexiblen Rahmen auf einer übergeordneten Ebene die Möglichkeit bieten, gezielt sowohl auf überregionale als auch spezifisch auf regionale Herausforderungen zu reagieren. Dies, da einerseits durch zentrale Strukturen Entscheidungswege verkürzt sowie Verantwortungen geklärt und andererseits Massnahmen flexibel gestaltet und umgesetzt werden können. So könnte ein Bundesgesetz beispielsweise eine überkantonale Spitalplanung sowie eine Stärkung der Grundversorgung erleichtern, die laut den Teilnehmenden eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Versorgung fördern würde. Ebenso könnte ein Bundesgesetz ein durchgängiges Finanzierungssystem ermöglichen, die Digitalisierung sowie datenbasierte Entscheidungen vorantreiben und gesetzliche Grundlagen schaffen, um bestehende Lücken in der Finanzierung von Prävention und Gesundheitsförderung zu schliessen.

Unterstützung innovativer Konzepte und umfassender Visionen

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass derzeit viele gute Konzepte an fehlenden gesetzlichen Grundlagen scheitern. Ein Bundesgesetz könnte hier die Umsetzung solch innovativer Ideen ermöglichen. Insbesondere würde ein Bundesgesetz eine übergeordnete Vision bezüglich eines umfassenderen Verständnisses von Gesundheit in Richtung One Health und damit auch die Absprachen und Koordination zwischen den verschiedenen politischen Ressorts unterstützen.

Vereinfachung des Gesundheitssystems

Ein weiteres Argument für die Einführung eines Bundesgesetzes war die dadurch erhoffte Vereinfachung des Gesundheitssystems, die das Flickwerk unterschiedlicher Regelungen und Systeme ablösen könnte. Das Schweizer Gesundheitssystem basiert auf einer komplexen Kombination von Bundesgesetzen, kantonalen Gesetzen und internationalen Regelungen. Dazu zählen unter anderem das KVG, das Unfallversicherungsgesetz, das Heilmittelgesetz, das Gesundheitsberufegesetz, das Humanforschungsgesetz, das Gesetz über den Bevölkerungsschutz, das Medizinalberufegesetz, das Epidemiegesetz sowie Patientenrechte und Datenschutz. Diese Vielfalt führt dazu, dass Regelungen oft auf verschiedene Gesetze verteilt sind. Mit einem Bundesgesetz über die Gesundheit und einer damit verbundenen verfassungsrechtlichen Verankerung erhofft man sich eine Vereinfachung des Systems, die den Herausforderungen wirkungsvoll entgegenwirken könnte.

4.3 Was ist zu tun?

Im Rahmen der Veranstaltung kamen die Teilnehmenden zum Schluss, dass es zunächst ein gemeinsames Verständnis von Gesundheit sowie eine Vision und gemeinsame Ziele für das Gesundheitssystem zu entwickeln gilt, die von allen Anspruchsgruppen gleichermaßen unterstützt und getragen werden. In einem weiteren Schritt gelte es zu prüfen, in welchen Fällen eine Verfassungsänderung für die Erreichung dieser Ziele erforderlich sei und wo bestehende gesetzliche Grundlagen ausreichen würden, um Verbesserungen herbeizuführen.

Denn die Teilnehmenden waren sich weitgehend einig, dass bestehende gesetzliche Grundlagen parallel genutzt und optimiert werden sollten, um so nicht nur kurzfristig sichtbare Verbesserungen zu erzielen, sondern langfristig ein finanzierbares, wirksames und nachhaltiges Gesundheitssystem zu fördern. Es sei notwendig, Reformen im Sinne einer «Kombinationstherapie» sowohl durch die Ausschöpfung der Handlungsoptionen im Rahmen bestehender Gesetze als auch durch die Schaffung neuer Möglichkeiten durch eine Verfassungsänderung voranzutreiben (vgl. Abb. 2). Obgleich die Fragmentierung der Gesetzesgrundlage hier als eine Herausforderung identifiziert wurde, herrschte weitgehender Konsens, dass das Steuerungspotenzial von bestehenden Gesetzen, zum Beispiel im Bereich Umweltschutz oder des KVG, derzeit nicht ausgeschöpft wird. So wurde beispielsweise aufgezeigt, dass Tarife besser als Steuerungsmechanismus genutzt werden könnten. Weiter könnten unter dem Experimentierartikel des KVG Pilotprojekte angestossen werden, um in einzelnen, ressourcenstärkeren Kantonen Modellprojekte zu möglichen Lösungsansätzen wie der Ambulantisierung, Digitalisierung und Gesundheitskompetenzförderung durchzuführen. Auch die Förderung der interprofessionellen Zusammenarbeit und Task-Shifting wurden als Chancen hervorgehoben, die basierend auf der bestehenden gesetzlichen Grundlage einen grossen Mehrwert schaffen könnten. Entscheidend für jedes Gesetz seien im Endeffekt der konsequente Vollzug und klare Vollzugskompetenzen.

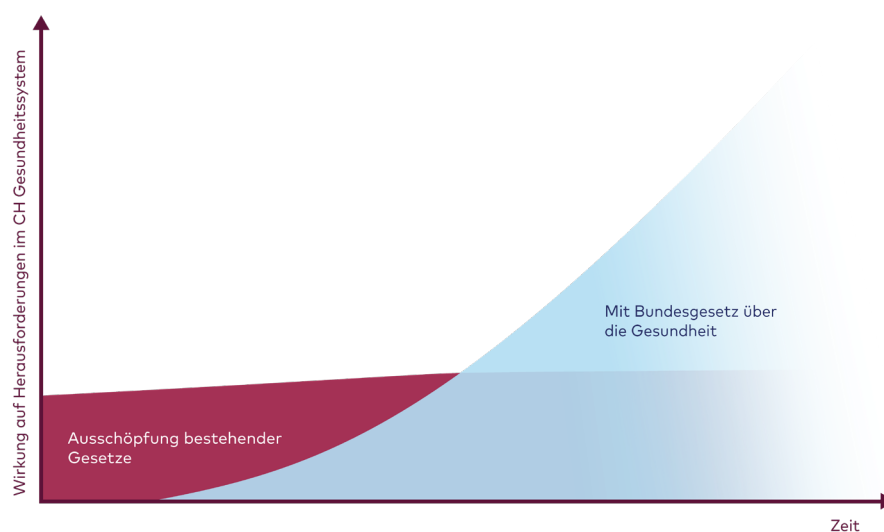


Abbildung 2: Schematische Darstellung der Wirkung einer Kombinationstherapie.

Ein weiterer Punkt, der grosse Zustimmung erhielt, war die Notwendigkeit, die Bevölkerung aktiv miteinzubeziehen und ihre Perspektiven in den Prozess zu integrieren. So könnten die Bedürfnisse der Bevölkerung etwa durch Volksinitiativen, regionale Bürger:innenräte und gezielte Kommunikationskampagnen sichtbar gemacht werden. Hier seien insbesondere die regionalen und kulturellen Gegebenheiten, die die Erfahrungen der Bevölkerung mit dem Gesundheitswesen prägten, zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wurde weiter betont, dass sich der Fokus weg von einem Defizit- hin zu einem Hoffnungsnarrativ orientieren müsse. Angesichts der vielseitigen Herausforderungen benötige vor allem die junge Bevölkerung dringend Hoffnung und Aussichten auf eine hohe Lebensqualität. Die Schweiz habe hier gute Voraussetzungen. Die Ressourcen müssten nur effizienter genutzt werden.

Dasselbe Prinzip wurde auch in Bezug auf den Fachkräftemangel betont. Laut den Teilnehmenden müsste neben positiven Anreizen und einer Optimierung der Arbeits- und Umgebungsqualität im Gesundheitswesen vor allem die Sinnhaftigkeit des Berufs hervorgehoben und Wertschätzung vermittelt werden. Man müsse hier vor allem die sich wandelnden Bedürfnisse jüngerer Generationen berücksichtigen. In Bezug auf den Fachkräftemangel wurde des Weiteren auch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure im Gesundheitswesen als unerlässlich hervorgehoben. In der Schweiz seien sowohl grössere Kantone als auch Verbände der Ärzteschaft treibende Kräfte, die zum Erfolg von Reformen im Gesundheitssystem beitragen können.

5 Schlussfolgerungen

Die Diskussion an der Careum Impuls-Veranstaltung zeigte auf, dass sich das Schweizer Gesundheitssystem an einem entscheidenden Wendepunkt befindet. Das derzeitige politische Momentum sollte genutzt werden, um dringend notwendige Reformen voranzutreiben. Gleichzeitig dürfen die komplexen Realitäten und die sich zuspitzenden Herausforderungen des föderalistischen Systems nicht ausser Acht gelassen werden. Basierend auf den Ergebnissen der Veranstaltung können die folgenden Empfehlungen abgeleitet werden.

Gemeinsame Vision schaffen und Handlungsbedarf aufzeigen

Ein zentraler erster Schritt besteht darin, ein gemeinsames Verständnis von Gesundheit und dem damit verbundenen Handlungsbedarf zu entwickeln. Nur durch eine klare Vision, die von Bevölkerung, Politik und Akteuren des Gesundheitswesens geteilt wird, können Reformen nachhaltig gestaltet und umgesetzt werden.

Bestehendes nutzen und ein Bundesgesetz vorantreiben

Die Diskussion hat gezeigt, dass Reformen auf zwei Ebenen nötig sind: Kurzfristig durch die konsequente Umsetzung vorhandener Gesetze innerhalb des bestehenden Verfassungsrahmens, langfristig durch eine Teilrevision der Bundesverfassung und die Einführung eines Bundesgesetzes über die Gesundheit.

Ein Balanceakt zwischen Individualität und Vereinheitlichung

Eine zentrale Herausforderung besteht darin, die Autonomie und Individualität der Kantone zu wahren, während gleichzeitig eine gewisse Vereinheitlichung und Harmonisierung angestrebt wird. Dies erfordert ein sorgfältiges Vorgehen, das die föderalistischen Strukturen respektiert und dennoch eine effektive Zusammenarbeit ermöglicht.

Partizipation und ein ausserparlamentarischer Ansatz

Die Bevölkerung muss aktiv in den Reformprozess einbezogen werden, etwa durch den ausserparlamentarischen Ansatz in Form einer Volksinitiative. Regionale Bürger:innenräte und gezielte Kommunikationskampagnen könnten ebenfalls dazu beitragen, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern und ihre Mitgestaltung sicherzustellen. Das Narrativ sollte sich auf Hoffnungen und Chancen konzentrieren, um Mut und Zuversicht zu fördern.

Von der Diskussion zur Umsetzung: Arbeitsgruppen und Engagement

Um konkrete Fortschritte zu erzielen, ist es entscheidend, dass eine engagierte Gruppe von Akteuren, mit denen sich die Bevölkerung identifizieren kann, den Schritt vom Reden zum Handeln wagt.

In Anbetracht der vielfältigen Herausforderungen ist die Reform des Schweizer Gesundheitssystems zwingend. Dies erfordert eine ausgewogene Kombination von gesetzlichen Anpassungen, langfristiger Vision und aktiver Partizipation. Es ist ein Balanceakt, der nur durch partnerschaftliche Zusammenarbeit, Engagement und den Willen zur Veränderung gelingen kann.

Careum wird den Dialog mit Partnerinstitutionen fortführen, um aktiv zur Entwicklung von Lösungen für eine gesicherte Zukunft des Schweizer Gesundheitssystems beizutragen.

Bitte zitieren als:

Amann, J., Spycher, S., Ulrich, G., Flury, C. (2025).

Eine Kombinationstherapie für das Schweizer Gesundheitssystem. Bestehende Gesetze nutzen und ein Bundesgesetz über die Gesundheit anstreben. Careum: Zürich.

Careum Stiftung

Pestalozzistrasse 3, CH-8032 Zürich

T +41 43 222 50 00

info@careum.ch, careum.ch